

Erscheint
wöchentlich 2 Mal
Dienstag und Freitag
Abonnementpreis
vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Wochenblatt

Erscheint
wöchentlich 2 Mal
(Dienstag und Freitag)
Abonnementpreis
vierteljährlich 1 Mark
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

für
Wilsdruff, Tharandt,

Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meissen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Nr. 4.

Freitag, den 13. Januar

1882.

Erstatteter Anzeige zufolge ist am 1. November v. Jz. aus der Knechtelkammer des dem Gutsbesitzer **Niedrich** in Helbigsdorf gehörigen Guts

ein Deckbett mit blau- und weißstreifigem Inlet und weißem Ueberzug und ein weißleinenes L. K. gezeichnetes Betttuch

spur- und verächtlos gestohlen worden, was behufs eventueller Ermittlung des Diebes und Wiedererlangung des Gestohlenen andurch bekannt gemacht wird.

Wilsdruff, den 9. Januar 1882.

Der Königl. Amtsanwalt.

Friedrich.

Tagesgeschichte.

Am vergangenen Montag haben Bundesrath und Reichstag ihre Thätigkeit in vollem Umfange wieder aufgenommen. Im Bundesrath gelangten nur Gegenstände von beschränktem Interesse zur Berathung und Erledigung, dagegen beanspruchten die Verhandlungen des Reichstages schon durch das Eingreifen des Fürsten Bismarck in die Debatten erhöhte Aufmerksamkeit. Den Hauptpunkt der im Uebrigen nicht sehr umfangreichen Tagesordnung bildete die Interpellation des Centrumsabgeordneten Freiherrn v. Hertling, ob es in der Absicht der verbündeten Regierungen liege, die bestehende Fabrikgesetzgebung besonders in Hinblick auf die Sonntags- und auf die Frauenarbeit einer weiteren Ausbildung zu unterziehen. Nachdem der genannte Abgeordnete in längerer Rede seine Interpellation begründet hatte, ergriff Fürst Bismarck das Wort zur Erwidern der Interpellation. Derselbe erklärte die Bestrebungen der Interpellation für verfrüht, sie seien nur mit den beabsichtigten andern Reformen auf sozialpolitischem Gebiete vereinbar und werde es im April möglich sein, die Ausführungen des Vorredners in Verbindung mit andern Reformgesetzen zu beantworten. Mit der Beschränkung der ausgedehnten Arbeitszeit müsse man vorsichtig sein, sonst könnte man die Arbeiter durch strenge Gesetze empfindlich schädigen; ebenso lasse sich die Frauen- und die Sonntagsarbeit nicht strikte beseitigen. Schließlich betonte der Reichskanzler seine Sympathie für die Interpellation, er warne aber vor unerfüllbaren Erwartungen; während der nun folgenden Rede des Abgeordneten Richter-Hagen verließ der Reichskanzler den Saal und das Haus. Die Rede des genannten fortschrittlichen Abgeordneten war reich an den üblichen Ausfällen desselben gegen die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, im Uebrigen erklärte sich der Redner mit der Interpellation einverstanden, nicht aber mit der vorgeschlagenen Schablonisirung der Maßregeln. Die Verhandlungen über die Interpellation des Freiherrn v. Hertling wurden am Dienstag fortgesetzt.

Berlin, 10. Januar. Der „Reichs-Anzeiger“ publizirt eine Bekanntmachung des Ministers des Innern, wonach die Eröffnung des Landtages am 14. Januar Mittags 12 Uhr erfolgt. — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Anlässlich des am Sonnabend publizirten Erlasses des Kaisers cirkulirt hier eine Dankadresse, welche sich mit zahlreichen Unterschriften bedeckt.

Das „D. T.“ berichtet: Wie wir hören, beschäftigt sich der Reichskanzler lebhaft mit den Arbeiten für die sozialpolitischen Vorlagen, welche im Frühjahr an den Reichstag gelangen werden. Er konferirt zu diesem Zwecke mit dem durch seine Schriften wohlbekannten früheren österreichischen Minister Schöffle und steht auch zu dem Professor Adolph Wagner in fortlaufenden Beziehungen. Beide Herren speisten am Sonnabend im Verein mit dem Minister v. Bötticher, den Geh. Räten Lohmann und Kortenburger und dem Baron Heyling bei dem Fürsten. Nach Tische bildeten die Arbeiterversicherung und die mit ihr zusammenhängenden Fragen den Gegenstand einer längeren Unterhaltung, deren Fortsetzung in Aussicht genommen wurde.

Zu dem wenigen Guten, was uns das Jahr 1881 gebracht hat, gehört die Thatsache, daß die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Beschränkung des sozialen Uebels durch die Mitarbeit der ganzen menschlichen Gesellschaft sich in weiten Kreisen Bahn gebrochen hat und daß Fürst Bismarck als Reichskanzler dieser Frage, der wichtigsten Frage unseres Jahrhunderts, näher getreten ist. Gut Ding will Weite haben und eine so schwere und tiefgreifende Sache erledigt man nicht kurzer Hand. Zwar ist das Unfallversicherungsgesetz noch nicht zu Stande gekommen, aber seine Aussichten sind entschieden besser als bisher; die Ueberzeugung, daß die Gesellschaft nicht ruhig der Noth der Armen und Alten zusehen darf, gewinnt zusehends an Geltung. Das sind nur Keime, die ausgestreut sind und die vielleicht noch länger Zeit brauchen, um aufzugehen und Frucht zu tragen, sie werden sich aber kräftiger entwickeln und das Jahr, in welchem sie gesetzt worden sind, zu einem sehr dankwürdigen machen.

Aus Rom wird berichtet, Fürst Bismarck habe dem italienischen Botschafter in Berlin, wie dieser meldet, die Erklärung abgegeben, daß er nie mit dem Papste über die Frage der weltlichen Macht verhandelt habe. Auch der „R. Z.“ schreibt man aus Berlin: Der Papst behauptet fortwährend, er sei im Vatikan ein Gefangener. Die Frage, um die es sich also handelt, ist die, ob es möglich sei, ihm eine freiere Stellung zu gewähren und zwar mit Zustimmung der italienischen Regierung. Er scheint das zu glauben. Aber mit aller Bestimmtheit kann behauptet werden, daß die deutsche Regierung am allerwenigsten daran denkt, an die italienische Regierung die Forderung

zu richten oder auch nur den Wunsch zu äußern, Rom als Hauptstadt aufzugeben. Das Mißverständnis wäre vielleicht gar nicht erfolgt, wenn die Sondirungsversuche statt in der „Post“ vielmehr in der „Germania“ erschienen wären, wohin sie eigentlich gepaßt und gehört hätten.

Das Kriegsministerium in Berlin hat sich durch die im Laufe des letzten Jahres wiederholt aufgetretenen epidemischen Krankheiten unter den Militärpferden veranlaßt gefunden, allgemein für alle Militärställe die Herstellung und sorgfältige Handhabung ausreichender Ventilationseinrichtungen vorzuschreiben. In der betr. Anweisung ist die Nothwendigkeit reiner Luft für die aufgestellten Pferde, namentlich auch bei Nachtzeit dringlich betont und bestimmt angeordnet, daß in Ställen, in welchen noch keine künstliche Ventilationseinrichtungen, namentlich keine ständig wirkenden Dunstschlote eingerichtet sind, niemals alle Fenster und Thüren zugleich geschlossen halten werden dürfen. Besonders aber ist darauf hingewiesen, daß mit aller Sorgfalt für thunlichste Reinhaltung der Luft in der Umgebung der Stallungen gesorgt werden müsse, und daß deshalb Aborte, Düngerplätze u. dgl. von den Ställen entfernt angelegt und häufig gesäubert und desinfiziert werden sollen. Man muß wünschen, daß dieselbe Fürsorge von unsern Landwirthen ihren gesammten Viehbeständen gewidmet werden möge. Enorm groß sind die Verluste, welche alljährlich durch Viehsterben die Landwirtschaft erleidet. Die — trotz sehr hoher Prämienlage — fast durchweg ungünstige Lage aller Viehversicherungsgesellschaften giebt den besten Beweis hiefür. Daß aber die ungenügende Reinhaltung bei der Viehhaltung, namentlich die dumpfen — meist aller Ventilation entbehrenden Stallungen eine große Mitschuld an dem häufigen Auftreten von Krankheiten unter dem Vieh und anderem bösen Ausgang tragen, ist längst von einschichtigen Thierärzten erkannt. Wenig aber ist zur Besserung geschehen. Auch hier heißt es vor Allem: Hilf dir selbst! Auch hier ist ein Gebiet, auf welchem jeder Landwirth ohne nennenswerthe Opfer, lediglich durch den guten Willen, die für nothwendig erkannte sorgfältige Lüftung der Ställe streng durchzuführen, sich vor erheblichen Verlusten sichern, seinen Viehstand wesentlich kräftigen und verbessern und somit seine ganze Viehwirtschaft heben kann.

Die am Sonntag in Frankreich stattgefundenen Senatorenwahlen dürften ganz nach Wunsch Gambettas ausgefallen sein. Die Republikaner gewannen 21 Sitze und wurden ihrer überhaupt 56 gewählt, während die Konservativen nur 12 Kandidaten durchbrachten. Da noch 9 Stichwahlen erforderlich sind, steht eine weitere Verstärkung der republikanischen Elemente mit Sicherheit zu erwarten und wird es Gambetta dann nicht schwer fallen, auch im Senat für seine Reformpläne die von ihm gewünschte Majorität zu finden.

Waterländisches.

— Postalisches. Einschreibsendungen werden gegen eine besondere Gebühr von 20 Pfg. für jede einzelne Sendung im Postdienstzimmer auch außerhalb der gewöhnlichen Postdienststunden zur Beförderung mit nächster Gelegenheit angenommen, wenn die Einlieferung eine halbe Stunde vor dem Abgange dieser Beförderungs-Gelegenheit erfolgt.

— Eine vollständige Sonnenfinsterniß findet am 17. Mai 1882 statt. Die Verfinsternung dauert 5 Stunden, beginnt um 5 Uhr Morgens und wird vollständig um 10 Uhr. Dann wird es erst ganz Tag.

— Im Hinblick auf die bevorstehende Herausgabe eines Landesgesangbuches dürften einige Mittheilungen über das älteste evangelische Gesangbuch Sachsens, welches im Jahre 1525 zu Zwickau erschien, gewiß von allgemeinerem Interesse sein. Nach der Meinung des dortigen Chronisten Dr. Herzog ist der Verfasser desselben wahrscheinlich der schon seit 1521 in Zwickau angefallene intime Freund Luthers, Stadtpfarrer M. Nicolaus Hansmann. Dieses erste Gesangbuch erschien in Taschenformat, enthielt auf 56 Seiten 24 Lieder mit Melodie und befindet sich noch in der Zwickauer Rathsbibliothek. Die meisten Lieder sind von Luther; doch sind darin auch Cruciger, Speratus und Justus Jonas vertreten. Ein zweites reichhaltigeres Zwickauer Gesangbuch erschien um 1600 und wurde vom dortigen Superintendenten Dr. Wolfrum herausgegeben. Es ist gleichfalls noch auf der Zwickauer Rathsbibliothek vorhanden und enthält 130 Lieder (ohne Melodien), darunter einige von Dr. Wolfrum selbst gedichtete.

— In Bezug auf die aus der Staatskasse an die Geistlichen des Landes zu zahlenden Gehaltszulagen hat sich die Finanzdeputation